

Die Gnade einer zweiten Chance

Präsident Obama mildert die Folgen drakonischer Gesetze — für ein paar wenige



Laut dem amerikanischen Strafrecht müssen Richter bei bestimmten minderen Vergehen harte Strafen verhängen. *BEN MARGOT / AP*

In keinem anderen Land sind so viele Bürger weggesperrt wie in den USA. Mit Begnadigungen versucht Obama, die Schwachstellen im Strafrecht auszumerkeln. Doch es sind nur Pflästerchen.

BEAT AMMANN, WASHINGTON

Die sprichwörtlich gewordene politische Blockade in Amerikas Hauptstadt trägt dazu bei, das Leben von Zehntausenden von Personen zu ruinieren. Obwohl weitherum Einigkeit darüber besteht, dass die Strafjustiz des Landes dringend eine Reform bedarf, geschieht wenig — schon gar nicht in einem Wahljahr.

Starre Gesetze

Als eine Art Pflästerchen für eine riesige Wunde hat Präsident Obama am Mittwoch die Strafmasse von 214 Verurteilten reduziert, so dass diesen baldige Freiheit winkt. Unter den Begünstigten befinden sich 67 Personen, die zu

lebenslanger Haft verurteilt worden waren. Selbst in dieser Gruppe waren fast alle wegen Drogendelikten verurteilt worden, bei denen keine Gewalt im Spiel war. Der Präsident kann sein Vorrecht, Straffällige zu amnestieren oder deren Strafmasse zu vermindern, nur auf Personen anwenden, die gemäss Bundesrecht inhaftiert wurden. Das sind knapp 340 000 Personen. Die Zahl aller Insassen amerikanischer Gefängnisse betrug 2014 jedoch gut 2,2 Millionen. Für die Mezzahl von ihnen sind die Gliedstaaten zuständig.

Obama hatte 2014 damit begonnen, die Folgen von Gesetzen zu mildern, die den Geist eines «Kriegs gegen das Verbrechen» atmen: Er hat bis dato die Strafen von 562 Personen reduziert, unter ihnen 197, die lebenslange Haft verbüsst. Laut dem Rechtsberater des Präsidenten, Neil Eggleston, sieht Obama diese Schritte als Ausdruck davon, dass Amerika «eine Nation zweiter Chancen» sei. Diese hehre Aussage kommt im geltenden Strafrecht wenig zum Ausdruck. Dieses enthält sowohl auf Bundesebene als auch auf jener der Gliedstaaten starre Bestimmungen, die

unbestritten schädliche Auswirkungen haben. Es sind Fälle bekannt, bei denen Richter bedauerten, sie müssten eine ungerecht scharfe Strafe verhängen, da das Gesetz ihnen keinen Spielraum gewähre.

Die gültigen Gesetze gehen zurück in eine Zeit, als die Verbrechensrate viel höher war als heute. Je nach Standpunkt kann man darin eine politische Reaktion gegen die aufständischen sechziger Jahre und die Gleichberechtigung der Schwarzen in den revolutionären Bür-

gerrechtsgesetzen sehen. Zudem bestärkte sich in jener Zeit die Hochachtung individueller Selbstverantwortung ohne Grenzen; wer arm ist — oder straffällig —, ist selber schuld.

Das Ergebnis waren Gesetze unter den Präsidenten Reagan und Clinton — Republikaner und Demokrat —, die Mindeststrafen und andere Automatismen einführten — etwa jenen, wonach drei Akte gewisser Verbrechen eine lebenslange Zuchthausstrafe obligatorisch nach sich ziehen, oft explizit unter Ausschluss vorzeitiger Entlassung. Es ist unbestritten, dass das Strafsystem eine heftig rassistische Schlagseite hat und Schwarze grob benachteiligt.

Gefängnisse teurer als Uni

Diese Gesetze mögen dazu beigetragen haben, dass die Verbrechensrate seit den neunziger Jahren beträchtlich gestunken ist. Sie bewirkten aber auch, dass die Zahl der Inhaftierten in den USA auf Proportionen stieg, die im internationalen Vergleich einmalig sind. Parallel dazu wuchsen die finanziellen Lasten, so dass manche Gliedstaaten nun mehr für ihr Gefängniswesen ausgeben als für Hochschulen. Eine Nebenfolge war, dass die Staatsanwaltschaft zulasten der Richter an Macht gewann. Die Anklage hatte es in der Hand, Strafen für Delikte zu beantragen, die dem Richter sinngemäss nur die Wahl zwischen Freispruch oder Schuldpruch und lebenslanglich liessen. Hier setzen die Reformen unter Obama an: Die Staatsanwälte des Bundes wurden angewiesen, möglichst Anklagepunkte zu meiden, die dem Gericht die Hände banden.

Die 214 Personen, denen Obama am Mittwoch eine neue Chance gegeben hat, würden laut dem Weissen Haus nach heutigener Praxis nicht mehr zu den Strafen verurteilt, die sie vor zehn oder mehr Jahren gefasst hatten.

Mehr Begnadigungen als unter Obamas Vorgängern

